



DIRECTION GÉNÉRALE DE L'ADMINISTRATION
ET DE LA MODERNISATION

DIRECTION DES RESSOURCES HUMAINES

Sous-direction de la Formation et des Concours

Bureau des concours et examens professionnels
RH4B

**CONCOURS RESERVE POUR L'ACCES AU CORPS DES
SECRETAIRES DES AFFAIRES ETRANGERES
AU TITRE DE L'ANNEE 2018**

ÉPREUVES ÉCRITES D'ADMISSIBILITÉ

27 ET 28 NOVEMBRE 2017

ALLEMAND

Durée totale de l'épreuve : 3 heures.

Coefficient : 2.

Toute note inférieure à 8 sur 20 est éliminatoire.

Barème de notation des 2 épreuves : note en **allemand** 10 points, note en **français** 10 points.

Note en allemand

*Rédaction en **allemand** d'une note à partir de documents en allemand*

(450 mots avec une tolérance de plus ou moins 10%)

Ce dossier comporte 6 pages (page de garde non comprise).

*
* *

SUJET : Anhand der hier beigelegten Dokumente zeigen Sie, wie trotz Brexit und der verschiedenen europäischen Probleme, eine Verstärkung der EU möglich wäre.

ÜBER EUROPA

SPIEGEL: Sie haben an der Sorbonne eine gefeierte Rede über Europa gehalten, das Sie, wie Sie sagen, « neu gründen » wollen.

Macron : Was diese Rede angeht, übe ich mich in Bescheidenheit. Es wurde schon immer viel über Europa gesprochen. Bei meiner Initiative gibt es Neues, aber ich habe auch Überlegungen aufgegriffen, die schon seit Längerem angestellt und bereits vorgeschlagen wurden.

SPIEGEL: Bescheidenheit galt bisher nicht als eine Ihrer herausragendsten Eigenschaften.

Macron: Das Neue ist: Seit 2005, seitdem die Franzosen wie die Niederländer Nein zu einem Verfassungsvertrag für Europa gesagt haben, hat niemand mehr ein wirksames Projekt für die EU entworfen. Schon gar nicht Frankreich. Wenn etwas kam, dann von Wolfgang Schäuble oder Joschka Fischer, und diese deutschen Initiativen wurden von Frankreich regelmässig verdrängt. Ich will, dass damit Schluss ist. Vielleicht reihe ich mich da bei Mitterrand ein, der Europa tatsächlich gestalten wollte. Meine Vorgänger glaubten dagegen, es sei das Klügste, erst einmal gar nichts zu sagen und sich alle Optionen offenzuhalten. Das mag nach Taktik klingen- vielleicht lag es aber auch schlicht daran, dass sie überhaupt keine Idee für Europa hatten.

SPIEGEL: Sie schlagen vor, neue Institutionen zu schaffen, Prozeduren zu vereinfachen. Krank Europa nicht vielmehr an einem Mentalitätsproblem, weil jeder nur seine eigenen Interessen im Blick hat ?

Macron: Was ich vorschlage, ist, ein neues Kapitel in Europa aufzuschlagen. Dieses Abenteuer noch mal neu und anders zu beginnen, wenn Sie so wollen. Die Institutionen an sich sind mir nicht besonders wichtig- und ich glaube, das geht den meisten Menschen so. Das Problem ist, dass Debatten über Europa zu Auseinandersetzungen zwischen Experten und Juristen geworden sind. Dabei war Europa doch vor allem als politisches Projekt gedacht! Die EU wurde nicht von Experten begründet, auch nicht von Diplomaten. Sie wurde von Menschen erschaffen, die aus dem Drama unserer gemeinsamen Geschichte gelernt haben. Ich schlage einen Neuanfang vor, und zwar einen, bei dem man nicht ewig beratschlagt, welche Instrumente man dafür braucht- sondern einen, der vom Ziel her gedacht werden soll. Was wollen wir? Wie soll unser Europa aussehen? Ich will den europäischen Traum erneuern, will die Ambitionen dafür wiedererwecken.

SPIEGEL: Wie sieht das Europa aus, von dem Sie träumen ?

Macron : Für mich steht Europa aus drei Dingen : Souveränität, Einheit und Demokratie. Wenn wir uns diese Ziele vor Augen halten und geschlossen darauf hinarbeiten, dann- und nur dann- können wir auch unser Versprechen halten: dauerhaft Frieden, Wohlstand und Freiheit zu gewährleisten. Lassen wir uns diesen europäischen Bürgerkrieg, dessen Existenz wir nicht zugeben wollen, beenden und damit aufhören, ständig zu überlegen, ob wir in dieser oder jener Sache besser abschneiden als das Nachbarland. Wir müssen uns auf Neues einlassen, dabei geht es auch um Dinge, die bisher tabu waren: Frankreich beharrte bis jetzt darauf, bloss die Verträge nicht zu ändern. Deutschland will keine Finanztransfers. Dieses alte Denken müssen wir hinter uns lassen.

SPIEGEL: Was heisst das konkret?

Macron: Ich denke, das Ziel sollte sein, einen Raum zu schaffen, der uns schützt und uns hilft, in dieser Welt zu bestehen. Die europäische Wertegemeinschaft ist einzigartig: Sie verbindet Demokratie mit Marktwirtschaft, individuelle Freiheiten mit sozialer Gerechtigkeit. Wie können wir da eigentlich erwarten, dass unsere Werte, dieser einzigartige europäische Balanceakt, der über Jahrzehnte gewachsen ist, von den USA oder von China verteidigt werden sollen? Die Herausforderungen sind mannigfaltig, Themen wie Migration oder Terrorismus gehen uns alle an. Aber auch die Energiewende muss gemeinsam geplant werden. Und nicht zuletzt sind da auch noch die Digitalisierung und der damit einhergehende Gesellschaftswandel. Mit alledem können wir nur Erfolg haben, wenn es vereint vorwärtsgeht.

SPIEGEL: Aber wie wollen Sie das alles unter einen Hut bekommen? Wie die Osteuropäer für Ihr Projekt begeistern und jene Länder, die zunehmend nationalistische Tendenzen zeigen und mit Europa nichts mehr zu tun haben wollen ?

Macron: Ich glaube nicht, dass stimmt, was Sie sagen. Ich war im August in Bulgarien. Die Leute dort haben Lust auf Europa. Wir dürfen die Menschen nicht in Kategorien einteilen. Frankreich hat in der Vergangenheit oft den Fehler gemacht, nicht mit allen zu reden, weil man glaubte, man könne manche Länder vernachlässigen. Ich bin überzeugt, es gibt den Wunsch nach Europa. Und im Übrigen, wer ist denn daran schuld, falls dies nicht der Fall ist ? Die Europäer. Wir haben eine Art kollektiven Defätismus zugelassen, wir lassen vor allem jene zu Wort kommen, die Europa hassen und es aufgeben wollen.

SPIEGEL: Jetzt übertreiben Sie.

Macron: Ich habe oft als Sherpa an grotesken Treffen teilgenommen; dort wurde dann gesagt, man solle keinen reinen Eurozonen-Gipfel abhalten, das könne vielleicht die Briten oder die Polen brüskieren. Und womit wachen wir nun fünf Jahre später auf? Die Briten wollen austreten, und die Polen entfernen sich immer mehr von Europa. Das zeigt doch nur, je schüchterner man mit den europäischen Ambitionen ist, desto weniger kommt man voran.

SPIEGEL: "Frankreich muss Europa ermöglichen, eine Führungsrolle in der freien Welt zu übernehmen", haben Sie vor kurzem gesagt. Klingt ebenfalls nicht gerade bescheiden.

Macron: Ehrgeiz ist nie bescheiden. Wenn bescheiden zu sein bedeutet, mittelmässigen Erfolg zu haben, dann kann ich nur sagen: Das interessiert mich nicht. Frankreich hat eine besondere Stellung. Wir sind die Atommacht Kontinentaleuropas und ständiges Mitglied im Uno-Sicherheitsrat. Diese Sonderstellung ergibt aber nur Sinn, wenn Frankreich sie als Mitgliedstaat Europas vertritt. Frankreich allein kann diese Rolle nicht spielen, es muss als Teil Europas verstanden werden. Darauf habe ich immer wieder bestanden. Unsere internationale Rolle hängt von einem starken Europa ab, und ein starkes Europa hängt von der französischen Fähigkeit ab, sich die Führung mit anderen, darunter Deutschland, zu teilen. Wenn Frankreich wirtschaftlich schwach ist, keine Reformen durchführt, ist es nicht glaubwürdig. Europas Geltung auf der Weltbühne wird dadurch geschwächt. All das möchte ich ändern. Frankreich braucht ein starkes Deutschland und eine starke Kanzlerin. Deutschland braucht aber auch ein starkes Frankreich.

Die führenden EU-Vertreter wollen Europa reformieren und näher zu den Menschen bringen.

In Florenz am 5. Mai wählte Jean-Claude Juncker die französische Sprache. « Denn Englisch verliert in Europa langsam, aber sicher an Bedeutung » sagte der Präsident der EU-Kommission. « Und ausserdem möchte ich, dass die Franzosen verstehen, was ich über Europa zu sagen habe. » Zwei Tage vor der entscheidenden Präsidentenwahl in Frankreich versammelten sich die Spitzen der europäischen Institutionen in Florenz, um über die Lage der EU zu diskutieren. Brexit, Jugendarbeitslosigkeit, terroristische Gefahren, die Folgen der Flüchtlingskrise- die Lage ist schwierig. Doch die würde desaströs, würde die Rechtspopulistin Marine Le Pen am Sonntag zur französischen Präsidentin gewählt.

« Wir sprechen viel zu wenig über unsere Erfolge », sagte Juncker. Die einzigen, die die Errungenschaften der EU nicht zu schätzen wüssten, seien die Europäer selbst. « In anderen Ländern trifft man viel mehr Menschen, die die EU bewundern. » Nur der Verbund der Staaten garantiere den Frieden und fördere den Wohlstand. Doch es gebe « Schwachstellen », gab Juncker zu und sieht darin den Grund dafür, dass sich in jüngster Zeit so viele Menschen von der EU abgewandt haben. Ein Europa ohne die Unterstützung der Menschen kann nicht funktionieren- das hat auch die Brüsseler Politik-Elite verstanden. Sie will die Menschen daher in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen stellen. « Ein Europa der Bürger bauen » lautete daher der Titel der Konferenz im Florentiner Palazzo Vecchio. Der italienische Aussenminister Angelino Alfano forderte ein « soziales Europa ». « Die EU ist die Lösung für die Probleme der Menschen, sie hat ihre Probleme nicht geschaffen. »

Um die Bürger ging es auch in der Diskussion über die Folgen des Brexit. Die Priorität der EU sei, die EU-Bürger, die im Vereinigten Königreich leben, zu schützen, sagte Antonio Tajani, der Präsident des Europaparlaments. « Die drei Millionen EU-Bürger sollen nach dem Brexit dieselben Rechte haben wie heute », sagte er. Umgekehrt wolle man auch den 1,2 Millionen Briten in den europäischen Mitgliedstaaten diese Rechte garantieren. Die EU verlangt, dass diese Rechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch durchgesetzt werden.

Es geht dabei längst nicht nur um das Recht der Bürger, an ihrem bisherigen Wohnort zu bleiben. « Es stellen sich viele Fragen », sagte Michel Barnier, der Chefunterhändler der EU für die Brexit-Verhandlungen : « Etwa : Bekommt der polnische Mechaniker, der in einem BMW-Werk in Oxford arbeitet, nach dem Brexit Arbeitslosengeld aus Grossbritannien, auch wenn er zurück nach Polen geht? » Soziale Unterstützung und Anspruch auf Gesundheitsleistungen zu schützen bezeichnete Barnier als eine « moralische Pflicht ».

Wenn ein britischer Student im Jahr 2020 ein Semester an der Universität von Turin studieren möchte, sei das nicht ohne weiteres möglich, so Barnier. « 2020 ist nach dem Brexit, Italien wird den Briten wie den Bürger aus anderen Drittstaaten behandeln. » Mit einer « Bestrafung » der Briten habe das nichts zu tun, hebt Barnier hervor. « Die negativen Konsequenzen sind einzig und allein die Folge der Entscheidung des britischen Volkes. » So lange die 27 nicht überzeugt sind, dass die Rechte ihrer Bürger im Vereinigten Königreich zufriedenstellend geklärt ist, wird es keine Diskussion über die künftigen Beziehungen zu London geben.

Brexit-Gespräche in Sackgasse

Handelsregeln vorerst kein Thema / WTO-Konflikt droht

hmk/theu. BRÜSSEL/LONDON, 12. Oktober. Es brauche ein Wunder, um die erste Etappe der Brexit-Gespräche wie geplant bis zum Gipfeltreffen Mitte Oktober abzuschließen, hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor der fünften Verhandlungsrunde prognostiziert. Am Donnerstag endete die Runde und es herrscht Klarheit: „Ich kann den Staats- und Regierungschefs nicht vorschlagen, die Gespräche über das künftige Verhältnis zwischen EU und Großbritannien zu beginnen“, stellte EU-Chefunterhändler Michel Barnier klar. Die Bedingung dafür, ausreichende Fortschritte bei den drei wichtigsten Fragen der Trennung, sei nicht gegeben.

Die Austrittsverhandlungen stecken damit weiter in der Sackgasse. Dabei ist der Zeitdruck groß, denn der in der EU-Geschichte beispiellose und hochkomplexe Scheidungsprozess muss im Herbst 2018 abgeschlossen sein, damit die Briten planmäßig im März 2019 den Staatenbund verlassen können. Die Wirtschaft auf beiden Seiten des Ärmelkanals will vor allem wissen, wie die künftigen Handelsspielregeln aussehen und ob es eine Übergangsfrist gibt – diese wichtigen Fragen werden nun aber auf die lange Bank geschoben. Am Devisenmarkt geriet daraufhin am Donnerstagnachmittag das britische Pfund gegenüber Euro und Dollar unter Verkaufsdruck.

Unterdessen zeichnet sich auch in der Welthandelsorganisation WTO ein Konflikt um den Brexit ab: Die Art und Weise wie Großbritannien und die EU die gemeinsamen Einfuhrquoten für niedrig verzollte Agrargüter aus Drittstaaten untereinander aufteilen wollten, sei nicht akzeptabel, warnen sieben andere WTO-Mitgliedstaaten, darunter die Vereinigten Staaten und Kanada. „Keine dieser Vereinbarungen sollte ohne unser Einverständnis geändert werden“, heißt es in einem Schreiben an die EU und Großbritannien, das dieser Zeitung vorliegt. Brüssel und London müssten für mehr Transparenz sorgen. Zu den Beschwerdefüh-

ren zählen auch Argentinien, Brasilien, Neuseeland, Thailand und Uruguay.

In den Scheidungsgesprächen zwischen EU und Vereinigtem Königreich bleibt die Austrittsrechnung das größte Problem. Bis zu 60 Milliarden Euro fordert die EU von den Briten. Deren Premierministerin Theresa May hat zwar in ihrer Rede in Florenz klargestellt, dass das Vereinigte Königreich zu seinen als EU-Mitglied eingegangenen Verpflichtungen stehe. „Großbritannien hat uns in dieser Woche aber gesagt, dass sie keine Zahlen nennen können“, sagte Barnier. Das genüge nicht. „Bei diesem Thema stecken wir in einer Sackgasse“, fügte er hinzu. Auch bei den beiden anderen Themen, den Rechten der EU-Bürger in Britannien nach dem Brexit sowie der Irland-Frage, gibt es nach Angaben von Barnier und des britischen Chefunterhändlers David Davis keinen Durchbruch.

Der eigentliche Konfliktpunkt ist jedoch, dass sich die EU und Großbritannien nicht über den Ablauf der Brexit-Verhandlungen einigen können. So wollen die Briten sofort über das künftige Verhältnis beider Seiten reden. Davis rief die EU-Staats- und Regierungschefs auf, Barnier mehr Spielraum in den Verhandlungen zu geben. „Wir wollen der Wirtschaft, den Menschen und der EU so viel Planungssicherheit verschaffen wie möglich“, sagte Davis. „Um das tun zu können, müssen wir aber über die Zukunft reden.“ Die Wirtschaft warnt, der Stillstand bedrohe Arbeitsplätze und Investitionen. Die Blockade sei „zutiefst besorgniserregend“, sagte Carolyn Fairbairn, die Generaldirektorin des britischen Unternehmensverbands CBI am Donnerstag. Bis Jahresende müssten eine Übergangsfrist für die Jahre nach 2019 beschlossen und die Verhandlungen über ein dauerhaftes neues Handelsregime zwischen Großbritannien und der EU angegangen werden. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat vergangene Woche angekündigt, die Unternehmen müssten sich auch auf ein mögliches Scheitern der Brexit-Verhandlungen vorbereiten.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Albtraum für Paris

Von Holger Steltzner

Haben sich Frankreichs Staatspräsident und der EU-Kommissionspräsident abgestimmt? Oder ist es Zufall, dass Jean-Claude Juncker seine Grundsatzrede zur EU kurz vor der Bundestagswahl hielt, und Emmanuel Macron seine Vision für Europa zwei Tage danach vortrug? Beide Präsidenten hofften auf Fortsetzung der großen Koalition und wollten die Wahl oder die Regierungsbildung beeinflussen. Schwarz-Rot (und auch Grün) wären zu fast jedem Zugeständnis bereit, weil sie meinen, Deutschland stärke sonst radikale Parteien in den Nachbarländern. Doch Schwarz-Rot-Grün und auch die europäischen Partner machten ihre Rechnung ohne die deutschen Wähler. Von denen lehnen viele den Umbau der Eurozone zur Transferunion ab, weil sie wissen, dass falsche Anreize nicht zum Erfolg führen, wie jeder in Italien sieht, wo in 150 Jahren Transferunion die Kluft zwischen Norden und Süden nicht kleiner, sondern größer wurde.

Für Paris und Brüssel (und Rom) könnte ein Albtraum wahr werden: In einer Jamaika-Koalition säße die FDP, übrigens eine proeuropäische Partei, die unter neuer Führung klar gegen den Irrweg Transferunion Stellung bezieht. Eine Fortsetzung der bis-

herigen Europolitik kann es mit Christian Lindner nicht geben, wenn die FDP nicht abermals Wahlversprechen brechen und umfallen will. Aus den Fehlern seines Vorgängers hat Lindner gelernt, er weiß um die Bedeutung des Bundesfinanzministers, der in Europa bei wichtigen Eurofragen mitredet und im Kabinett der einzige Ministerposten ist, der auf Augenhöhe mit der Kanzlerin entscheidet.

Macron wiederholte in der Universität Sorbonne seine Pläne für einen Haushalt der Eurozone, den er zuvor mit „mehreren“ Prozentpunkten der Wirtschaftsleistung der Länder bezifferte und ein „Minimum an Solidarität“ nannte. Das ist unvorstellbar viel Geld, es geht um Hunderte Milliarden Euro. Ein Euro-Finanzminister soll darüber verfügen, die Kontrolle über die Verwendung von Steuergeld, das Königsrecht nationaler Parlamente, wäre ausgehebelt. Außerdem möchte Macron einen EU-Sozialfonds sowie eine Angleichung von Mindestlöhnen und Unternehmenssteuern.

Auf dem langen Weg nach Jamaika muss Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in zähen Koalitionsverhandlungen der FDP, den Grünen und auch der CSU weit entgegen kommen. Die Liberalen sollten als zweitgrößter Partner das Finanzministerium fordern. Dort muss Lindner für eine bessere Europolitik und wieder mehr Wettbewerb in der EU sorgen, will die FDP ihre Wähler nicht enttäuschen.

FAZ 19/10/2017

EUROPA OHNE ZWANG

Von Reinhard Müller

Populismus auf dem Vormarsch? Ja, und doch ist die Lage in Europa damit nur unzureichend gekennzeichnet. Es ist ein Aufbegehren gegen eine gefühlte Fremdherrschaft. Während Katalonien nach Unabhängigkeit strebt, der Region deshalb Zwangsverwaltung und der Regionalregierung Gefängnis droht, haben sich die Tschechen für einen EU-kritischen Milliardenentscheid, gegen den wegen EU-Subventionsbetrugs ermittelt wird. So wie manche Minderheiten sich in « ihrem » Staat nicht mehr gut aufgehoben sehen, so fühlen sich nicht wenige Unionsbürger, gerade im Osten, der Europäischen Union entfremdet. So paranoid die Furcht vor einer "Islamisierung" heute klingen mag, die Tschechen wollen sich die Art der Einwanderung in ihr Land nicht vorschreiben lassen. Auch die Wahl in Österreich stand im Zeichen (illegaler) Immigration. Es hilft nichts, dieses Thema zu leugnen oder für aufgeblasen zu erklären. Auch eine Jamaika-Koalition in Deutschland muss sich dazu verhalten.

Weder die Bundesrepublik noch die Europäische Union sind schliesslich Selbstzweck. Sie haben den Menschen zu dienen. Von ihnen, von den Völkern Europas hängt letztlich ab, was der Staat und was die EU darf. Und hier muss nun auch der künftige tschechische Regierungschef daran erinnert werden, dass er zwar gern die Republik "wie eine Firma" führen kann, dass diese Firma aber Bindungen unterliegt, die sie selbst mitbeschlossen hat. Jedes Mitglied der EU muss sich an die gemeinsam verabredeten Regeln halten. Es muss sich niemandem unterwerfen, nur dem Recht. Dagegen kann das Volk nicht in Stellung gebracht werden, denn es hat die Regeln ja mitverantwortet und der Rechtsstaat schützt gerade auch die Minderheit vor der Mehrheit. Die EU sollte Prag also nicht seine Haltung in der Flüchtlingsfrage vorwerfen – die mag ja aus guten Gründen anders sein als etwa die Luxemburgs-, sondern allenfalls an das gemeinsame Fundament erinnern, das auch Pflichten vorsieht, und die Wahl als Chance begreifen.

Auch die Regionen, die europäischen Volksgruppen, die keine Staatsvölker sind, müssen sich an die gemeinsamen Regeln halten. Die Zentralgewalt wiederum, sei es Brüssel oder in den Hauptstädten, tut sich naturgemäss schwer mit Subsidiarität oder gar Autonomie. Dabei lebt Europa auch davon. Recht muss durchgesetzt werden. Aber mit Zwang lässt sich ein vielfältiges demokratisches Gemeinwesen auf Dauer nicht zusammenhalten.